



Newsletter 09/09



Verschuldung: Grosse Herausforderung nach Krise

Nach der Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise liegt die grösste Herausforderung in der Nachhaltigkeit der verfolgten Finanzpolitik. Ansonsten droht eine verhängnisvolle Schuldenspirale. Dies gilt auch für die Schweiz. [mehr »](#)



Pascal Gentinetta
Direktor economisesuisse

Agrarfreihandel: Chance packen statt Verhandlungsabbruch!

Ein Agrarfreihandelsabkommen mit der EU bietet der gesamten Ernährungswirtschaft der Schweiz eine Perspektive, da es den Zugang zum europäischen Markt erleichtert. Dies ist im Zuge der weltweiten Öffnung der Agrarmärkte für die Schweizer Ernährungswirtschaft zentral. Trotzdem verlangen gewisse Bauernkreise und die SVP den Abbruch der Verhandlungen zu einem Agrarfreihandelsabkommen mit der EU, da dieses den Bauern unzumutbare Lasten aufbürden würde. Weniger radikal aber genauso schädlich ist die Forderung von Teilen der CVP nach einem Abbruch der Verhandlungen, falls die Doha-Runde der WTO bis kommenden Herbst zu keiner Einigung führt.

Ein vorzeitiger Verhandlungsabbruch ist keine Option. Auch ohne erfolgreichen Abschluss der Doha-Runde müssen sich die inländische Landwirtschaft und die Nahrungsmittelindustrie öffnen und wettbewerbsfähiger werden. Nur mit einem Zugang zum europäischen Markt hat der Standort Schweiz für die gesamte Wertschöpfungskette der Ernährungswirtschaft Zukunft. Es ist auch klar, dass dieser Weg für gewisse weniger produktive Teile der Landwirtschaft steinig und mit einem Strukturwandel verbunden ist. Die Wirtschaft ist daher bereit, für zusätzliche gezielte Begleitmassnahmen Hand zu bieten. Deren Höhe muss im Verhältnis des effektiven gesamtwirtschaftlichen Nutzens zugunsten der Konsumenten und der Industrie sein.

Mit einem erfolgreichen Doha-Abschluss erhöht sich zudem der Handlungsbedarf, denn ein Abbau des Grenzschutzes ohne gleichzeitigen Zugang zum europäischen Markt würde der inländischen Ernährungswirtschaft stark zusetzen. Eine Einigung der WTO ist nur eine Frage der Zeit. Es wäre fatal, wenn die Verhandlungen mit der EU erst dann wieder aufgenommen würden, wenn die Doha-Runde abgeschlossen wird. economisesuisse lehnt aus all diesen Gründen die kurzfristigen Forderungen nach einem Verhandlungsabbruch entschieden ab.

Abstimmungen vom 29. November: 2x Nein, 1x Ja
economisesuisse empfiehlt, die GSoA-Exportverbots-Initiative sowie die Minarett-Initiative abzulehnen. Zur Spezialfinanzierung Luftverkehr sagt die Wirtschaft Ja. [mehr »](#)

Grafik des Monats: Die Lebenserwartung steigt kontinuierlich

Kopenhagen: Real- und Klimapolitik driften auseinander
Die im Dezember in Kopenhagen tagende Klimakonferenz steht unter einem ungünstigen Stern. Der Abschluss eines neuen Klimaabkommens ist frühestens in einem Jahr zu erreichen. Die Schweiz sollte jetzt keine überstürzten Entscheide treffen. [mehr »](#)

Breite Unterstützung für eine einfache Mehrwertsteuer
Die Weltwirtschaftskrise fordern eine einfache und faire Mehrwertsteuer. Das zeigt ein Aufruf von economisesuisse. Die politische Diskussion wird 2010 fortgesetzt. Die Argumente für einen tiefen Einheitssteuersatz sind unverändert überzeugend. [mehr »](#)

WTO: Länder der G-20 beim Wort nehmen
Die Welthandelsorganisation wird Anfang Dezember 2009 eine Ministerkonferenz in Genf durchführen. In Zeiten der Krise steht die Liberalisierung des Handels bei vielen Regierungen nicht hoch im Kurs. Die Schweizer Exportwirtschaft ist aber gerade deswegen auf eine funktionsfähige WTO sowie den Abschluss der Doha-Runde angewiesen. [mehr »](#)

Kolumne aus Brüssel: EU-Kommission – das Kandidatenkarussell dreht sich

Wirtschaftsmission Südkorea
Nach dem Besuch Japans Anfang Oktober begab sich die von Bundesrätin Doris Leuthard angeführte Wirtschaftsdelegation auch nach Südkorea. Im Zentrum der Wirtschaftsmission standen das 2006 abgeschlossene Freihandelsabkommen sowie die Unterzeichnung eines Memorandum of Understanding zwischen economisesuisse und der Korea International Trade Association. [mehr »](#)

Finanzaufsicht in Europa wird weiter verstärkt
Mit dem Ziel, zukünftige Krisen zu vermeiden und die Regelungen der einzelnen Mitgliedsstaaten zu vereinheitlichen, hat die EU-Kommission am 26. Oktober 2009 zusätzliche Legislativvorschläge angenommen. Sie sollen die Finanzaufsicht in Europa weiter verstärken. Diese Vorschläge ergänzen das am 23. September gebilligte Legislativpaket. [mehr »](#)

Schwerpunkte unserer Mitglieder: Swiss International Airports Association (SIAA)

Telekom-Paket: Annahme in Aussicht
Nach intensiven Diskussionen zwischen dem Europäischen Rat und dem Parlament steht die Annahme des 2007 von der Kommission vorgeschlagenen «Telekom-Pakets» unmittelbar bevor. Der Zankapfel in der Diskussion ist das berühmte «Amendment 138», das vom Parlament nachdrücklich unterstützt und in jüngster Vergangenheit mehrmals abgeändert worden ist. [mehr »](#)

Zweiter Schritt der Bahnreform 2 – ein halber Schritt
Effizienzsteigerung und ein möglichst unbehinderter Verkehr auf den Schienen – damit wäre der Wettbewerbsfähigkeit der Eisenbahn gedient. Es ist aber zu befürchten, dass die im zweiten Schritt der Bahnreform 2 vorgeschlagenen Massnahmen zu kurz greifen. [mehr »](#)

Öffnung des Briefmarktes – jetzt entscheiden
Sachlich lässt sich das Briefmonopol der Post nicht mehr begründen. Trotzdem zögert die Politik. economisesuisse hält an der Forderung fest: Eine Totalrevision der Postgesetzgebung muss mit einer Briefmarktöffnung einhergehen. [mehr »](#)

Tauziehen um den Anschluss ans Glasfasernetz
Die Teilnehmer des Glasfasernetzes haben nach langen Verhandlungen bei den Comdays in Biel ihre Beschlüsse präsentiert: Trotz vieler offener Fragen scheint nun klar zu sein, dass die Schweiz ein Glasfasernetz erhalten wird. economisesuisse begrüsst die Einigung – sie ist ein grosser Schritt in die richtige Richtung. Der Entscheid entspricht zudem dem Anliegen der Wirtschaft, die zur Liberalisierung geschaffenen Behörden nach getaner Arbeit wieder abzubauen und dem Wettbewerbsrecht den Vorrang zu geben. [mehr »](#)

Wirtschaft und Menschenrechte
«Protect, Respect, Remedy» – unter diesen drei Stichworten stand die Multistakeholder-Konsultation zur Operationalisierung von Professor John Ruggie's «policy framework for business and human rights» am 5. und 6. Oktober 2009 im Palais de Nations in Genf. [mehr »](#)

Gruppen Newsletter drucken (PDF, 16 Seiten, 275 KB)

Agenda

- 18.11. Medienkonferenz „Aktienrecht im internationalen Vergleich“
- 19.11. Gemeinsame Veranstaltung von economisesuisse und swisscanto: Entwicklungszusammenarbeit „Brücken schlagen – Gemeinsame Lösungen von öffentlichen und privaten Partnern zur Verbesserung der Infrastruktur in Entwicklungsländern“
- 23.11. Medienkonferenz „Wirtschaftslage, konjunktureller Ausblick und wirtschaftspolitische Prioritäten 2010“
- 14.12. Medienkonferenz „Volkswirtschaftliche Bedeutung der börsenkotierten Schweizer Aktiengesellschaften“

Publikationen

- » Medienmitteilung: Neue Postgesetzgebung – Kunden gehen leer aus
- » Vernehmlassungsantwort: Verordnung Inverkehrbringen von nach ausländischen technischen Vorschriften hergestellten Produkten
- » Medienmitteilung: Wirtschaft für starken Luftfahrtstandort
- » dossierpolitik: Gleichbehandlung von Luftfahrt und Strassenverkehr
- » Medienmitteilung: Neue Impulse in der Infrastrukturpolitik gefordert
- » Medienmitteilung: Minarett-Initiative schadet dem Ruf der Schweiz

Verschuldung: Grosse Herausforderung nach Krise

12.11.2009 12:00

Nach der Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise liegt die grösste Herausforderung in der Nachhaltigkeit der verfolgten Finanzpolitik. Ansonsten droht eine verhängnisvolle Schuldenspirale. Dies gilt auch für die Schweiz.



Seit Ende 2008 wurden weltweit Fiskalpakete zur Stabilisierung der Konjunktur beschlossen, die in ihrem Ausmass historisch beispiellos sind. Es bestand weitgehende Einigkeit darüber, dass es nebst der Geldpolitik der Zentralbanken auch eines fiskalpolitischen Impulses bedarf, um die Weltwirtschaft vor den Auswirkungen eines drastischen Konjunktureinbruchs zu bewahren. In der Öffentlichkeit wird indessen bisher noch wenig über die Kosten und Gefahren der beschlossenen Massnahmen diskutiert.

Hohe Defizite und ein markanter Anstieg der Verschuldung

Derzeit verzeichnen mit Ausnahme von Norwegen alle Industriestaaten hohe Fehlbeträge im Budget. Das durchschnittliche Haushaltsdefizit in der OECD steigt im nächsten Jahr von 5,5 auf 6,5 Prozent des BIP. Die eingegangenen Verpflichtungen erhöhen die Staatsverschuldung bis Ende 2010 auf 76 Prozent des BIP. Gegenüber Anfang 2008 entspricht dies einer Zunahme von 20 Prozent des BIP.

Schweiz: Handlungsbedarf vor allem bei den Sozialversicherungen

In der Schweiz weist die Verschuldung mit 48 Prozent des BIP ein unterdurchschnittliches Niveau auf. Das liegt nicht zuletzt an der im Jahr 2003 eingeführten Schuldenbremse, welche auch international Beachtung gefunden hat und als Richtschnur für eine nachhaltige Finanzpolitik gilt. Gleichzeitig zahlt sich das pragmatische und zurückhaltende Vorgehen des Bundes bei den Stabilisierungsmassnahmen aus. In den Finanzplanjahren 2011 - 2013 werden die Vorgaben der Schuldbremse nun aber ohne Gegenmassnahmen nicht eingehalten werden können. Gleichzeitig weisen die staatlichen Sozialversicherungen erhebliche Finanzierungsprobleme auf. Die Schulden der IV werden bis Ende 2010 auf über 15 Mrd., jene der ALV auf gegen 10 Mrd. Franken ansteigen.

Hohe Schulden gefährden Wohlstand und wirtschaftliche Entwicklung

Ohne rechtzeitige und umfassende Massnahmen zur Eindämmung des Ausgabenwachstums drohen die Industriestaaten in eine Schuldenspirale zu geraten. Die Folgen anhaltend hoher Defizite sind steigende Zinsen und tiefere Wachstumsraten. Die Refinanzierung des Staates wird immer teurer und erfolgt zunehmend auf Kosten anderer wichtiger Ausgaben. Kommende Generationen werden dadurch zusätzlich belastet. Der Staat verliert zunehmend seine Handlungsfähigkeit und kann im Extremfall seinen versprochenen Leistungen nicht mehr nachkommen. Eine hohe Staatsverschuldung gefährdet somit den Wohlstand und damit auch die politische, wirtschaftliche und soziale Stabilität eines Landes. Die Schweiz wird daher nicht darum herumkommen, bereits sehr bald über fundamentale Konsolidierungsmassnahmen zu entscheiden.

Wirtschaft fordert Nachhaltigkeitsregel für Sozialversicherungen

Während für den Bundeshaushalt ein Konsolidierungsprogramm notwendig ist, fordert die Wirtschaft für die Sozialversicherungen eine Nachhaltigkeitsregel nach dem Geist der Schuldenbremse. Sobald ein Sozialwerk in finanzielle Schieflage gerät, sollen gemäss dieser Regel umgehend vorläufig definierte Massnahmen greifen. Diese orientieren sich an den vorhandenen Mitteln und treten dann in Kraft, wenn gesetzlich festgehaltene Schwellenwerte unterschritten werden. Eine nachhaltige Finanzpolitik ist ein wichtiger Standortfaktor, den es in der Schweiz zu bewahren gilt.

Weitere Informationen:

christoph.schaltegger@economiesuisse.ch

martin.weder@economiesuisse.ch



Abstimmungen vom 29. November: 2x Nein, 1x Ja

12.11.2009 12:00

economiesuisse empfiehlt, die GSoA-Exportverbots-Initiative sowie die Minarett-Initiative abzulehnen. Zur Spezialfinanzierung Luftverkehr sagt die Wirtschaft Ja.

Nein zur Exportverbots-Initiative der GSoA

Ein Exportverbot würde der wehrtechnischen Industrie die Existenzgrundlage entziehen, weil der Heimmarkt allein zu klein ist, um zu überleben. In der Folge würden durch eine Annahme der GSoA-Initiative mehr als 10'000 Arbeitsplätze in gut 550 vor allem kleineren und mittleren Unternehmen vernichtet. Zudem ginge der Schweizer Wirtschaft wertvolles Know-how verloren, weil der Transfer aus der entwicklungs- und forschungsintensiven Wehrtechnikbranche entfiel. Durch den Wegfall der heimischen Rüstungsindustrie wäre zudem die Sicherheit unseres Landes gefährdet. An die Stelle der heutigen gegenseitigen Abhängigkeit würde eine in Krisenzeiten fatale einseitige Abhängigkeit vom Ausland treten. Das, obwohl die Initiative unnötig ist. Die heutigen Gesetze verlangen, dass jedes Ausfuhrgesuch individuell und nach klaren Kriterien beurteilt wird. Unerwünschte Exporte können so verhindert werden.

Nein zur Minarett-Initiative

Die Initiative «Gegen den Bau von Minaretten» setzt den Ruf der Schweiz als offenes und tolerantes Land aufs Spiel. Sie verletzt neben zentralen freiheitlichen Werten wie der Glaubens- und Religionsfreiheit auch das Gebot der Rechtsgleichheit. Die Wirtschaft lehnt die Initiative aus staats- und standortpolitischen Gründen entschieden ab. Demokratie, Offenheit und Toleranz gehören zu den unumstösslichen Werten der Schweiz. Dafür wird die Schweiz im Ausland respektiert und als Vermittlerin zwischen Konfliktparteien geschätzt. Ein Verbot von Minaretten in der Schweiz sendet falsche Signale und fügt dem Wirtschaftsstandort Schweiz Schaden zu.

Ja zur Spezialfinanzierung Luftverkehr

economiesuisse unterstützt die vorgesehene Verfassungsänderung. Neu soll derjenige Verkehrsträger von den Treibstoffsteuern profitieren, der sie auch generiert. Das heisst, die Verbrauchssteuern auf Flugtreibstoffen sollen in Zukunft auch dem Luftverkehr zugutekommen - und zwar in den Bereichen Umweltschutz und Sicherheit. Die Vorlage ist sachgerecht und dient der Kostenwahrheit. Die Spezialfinanzierung Luftverkehr stärkt den Luftfahrtstandort Schweiz, ohne zusätzliche Steuern oder Abgaben zu erheben. Das ist für die exportorientierte Schweizer Wirtschaft von besonderer Bedeutung.

Rückfragen:

urs.reich@economiesuisse.ch

Grifik des Monats: Die Lebenserwartung steigt kontinuierlich

12.11.2009 12:00

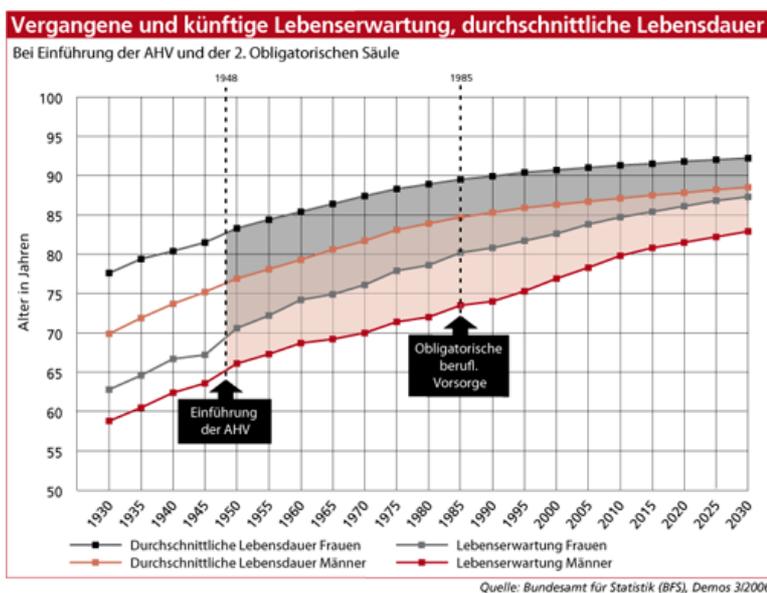
Die Lebenserwartung in der Schweiz nimmt kontinuierlich zu und gehört heute – als Folge der markanten Verbesserung im Laufe des 20. Jahrhunderts – zu den höchsten weltweit. Seit 1900 hat sich die Lebenserwartung bei der Geburt praktisch verdoppelt und ist für Männer von 46 auf 78 Jahre, für Frauen von 49 auf 84 Jahre angestiegen. Diese Entwicklung hat weitreichende Folgen für das Altersvorsorgesystem.

Als 1948 die AHV eingeführt wurde, betrug die Lebenserwartung für Männer 66 Jahre. Mit anderen Worten: Die Männer dieses Jahrgangs bezogen im Alter ein Jahr lang eine AHV-Rente. Für Frauen lag die Lebenserwartung bei 70 Jahren.

Wir leben länger als erwartet

In den Zahlen zur Lebenserwartung zeigt sich die Sterbewahrscheinlichkeit in einem bestimmten Alter für rund hundert Personen unterschiedlicher Generationen, die im gleichen Jahr beobachtet werden. Wenn allerdings alle Personen derselben Generation berücksichtigt werden und ihre durchschnittliche Lebensdauer geprüft wird, liegen die Zahlen zur Lebenserwartung höher.

Wir leben also länger, als die bei der Geburt errechnete durchschnittliche Lebenserwartung für ein bestimmtes Jahr angibt. Die Generation der in den 30er-Jahren geborenen Männer hatte bei der Geburt eine Lebenserwartung von 59 Jahren. Wenn weiterhin die gleichen Sterblichkeitsbedingungen wie in den 30er-Jahren herrschen würden, wären sie mit durchschnittlich 59 Jahren gestorben. Faktisch beträgt ihre Lebensdauer jedoch im Schnitt 70 Jahre. Das erklärt den Unterschied zwischen den beiden Kategorien von Kurven in der Grafik (Lebenserwartung und durchschnittliche Lebensdauer).



Die Differenz der Lebenserwartung bei der Geburt und dem offiziellen Rentenalter hat sich seit der Einführung der AHV vergrößert und erreicht heute für Männer 13 Jahre, für Frauen 19 Jahre. Den Prognosen zufolge wird die Lebenserwartung im Jahr 2030 für Männer 83 Jahre und für Frauen 87 Jahre betragen.

Die demografische Entwicklung wirkt sich auch auf die seit 1985 obligatorische 2. Säule aus. 1985 lag die Lebenserwartung der Männer bei 73,5 Jahren. Für die Frauen waren es rund 80 Jahre. Die aktuelle Lebenserwartung ist jedoch für beide Geschlechter einige Jahre höher.

Die längere Lebensdauer bedeutet für die AHV eine Zunahme des Finanzierungsbedarfs. Die Renten werden länger ausbezahlt und der Anteil der Rentner an der Erwerbsbevölkerung steigt. Immer weniger Erwerbstätige müssen also immer mehr Rentner finanzieren. Für die 2. Säule hat die höhere Lebenserwartung eine Veränderung der Rentenberechnung (Umwandlungssatz) zur Folge, weil das individuelle Kapital des einzelnen Versicherten auf eine höhere Anzahl Jahre verteilt werden muss.

Mehr Informationen:

vincent.simon@economiesuisse.ch



Kopenhagen: Real- und Klimapolitik driften auseinander

12.11.2009 12:00

Die im Dezember in Kopenhagen tagende Klimakonferenz steht unter einem ungünstigen Stern. Der Abschluss eines neuen Klimaabkommens ist frühestens in einem Jahr zu erreichen. Die Schweiz sollte jetzt keine überstürzten Entscheide treffen.

Die Erwartungen sind riesig: Nicht nur weitere Ziele zur Reduktion der Treibhausgasemissionen sollen in Kopenhagen verhandelt werden. Viel umfassender und unter Einbezug aller wichtigen Emittentenstaaten – inklusive USA, China, Indien und Brasilien – soll eine neue Vertragsarchitektur geschaffen werden. Dabei soll die Finanzierung der Kosten der Anpassung an den sich bereits abzeichnenden Klimawandel geklärt werden. Ebenfalls soll der Wissens- und Technologietransfer von Nord nach Süd gefördert werden. Und insgesamt soll die Entwicklungszusammenarbeit im Hinblick auf eine nachhaltige und klimaschonende Entwicklung neu ausgerichtet und finanziert werden.

Es ist klar, dass bei solcher Vielfalt verschiedenste Interessen am Verhandlungstisch vertreten sind. Für die westlichen Industrieländer geht es in erster Linie um Klimapolitik. Die Verhandlungen werden daher im Wesentlichen von den Vertretern der Umweltbehörden geführt. Bei den Entwicklungs- und Schwellenländern geht es um Realpolitik: Selten zuvor wurden so grosszügige politische und finanzielle Angebote seitens der EU präsentiert. Die Entwicklungs- und Schwellenländer fordern deshalb jährliche Finanzflüsse von mehreren Hundert Millionen Dollar. Diese übersteigen wiederum die realpolitischen Möglichkeiten der Industrieländer bei Weitem. Im Vorfeld von Kopenhagen sind Real- und Klimapolitik der Verhandlungspartner noch weiter auseinandergedriftet als bis anhin. Eine kurzfristige Einigung ist daher auch nach Einschätzung des Exekutivdirektors Yvo de Boer unwahrscheinlich. Kurzfristig drängen sich deshalb für die Schweiz keine überstürzten und einseitigen klimapolitischen Entscheidungen auf, die dem Wirtschaftsstandort mehr schaden als nützen könnten.

Mehr Informationen:

urs.naef@economiesuisse.ch



Breite Unterstützung für eine einfache Mehrwertsteuer

12.11.2009 12:00

Breite Wirtschaftskreise fordern eine einfache und faire Mehrwertsteuer. Das zeigt ein Aufruf von economiesuisse. Die politische Diskussion wird 2010 fortgesetzt. Die Argumente für einen tiefen Einheitssteuersatz sind unverändert überzeugend.

«Mehr Kaufkraft für alle!» – Mit dieser Zielsetzung hat economiesuisse einen Aufruf für eine einfache und faire Mehrwertsteuer lanciert. 13 kantonale Industrie- und Handelskammern, 25 führende Branchenverbände und zahlreiche Einzelfirmen – total über 50 Persönlichkeiten der Schweizer Wirtschaft – haben den Aufruf unterzeichnet. Die Unterstützung wächst weiter. Maschinen-, Metall- und Uhrenindustrie, Hotel- und Gastgewerbe, die Bauwirtschaft, die Textilindustrie, der Detailhandel, die chemische und pharmazeutische Industrie, die Finanz- und Versicherungswirtschaft, die Spediteure und Bierbrauer: Breite Kreise der Schweizer Wirtschaft unterstützen das Anliegen einer einfachen, für alle gleichen, tiefen und kostengünstigen Mehrwertsteuer.

Warten auf Zusatzbotschaft

Politisch steckt der Einheitssatz in der Warteschlange. Nachdem die Vorlage von der zuständigen Kommission verschoben worden war, schlägt der Bundesrat nun eine Zusatzbotschaft vor. Diese soll Änderungen aufgrund des 2010 in Kraft tretenden neuen Mehrwertsteuergesetzes berücksichtigen und daneben die Diskussion um den Einheitssatz öffnen. Die Zusatzbotschaft wird in der ersten Jahreshälfte 2010 erwartet.

Beste Lösung: Einheitssatz

Was immer der Bundesrat an neuen Vorschlägen bringt: Der Einheitssatz mit wenigen, vorab technischen Steuerausnahmen bleibt die beste Lösung. Ein von Neuem zur Disposition gestelltes Mehrsatzmodell würde die Frage wieder öffnen, wer vom reduzierten Steuersatz profitieren soll. Endlosdiskussionen mit neuen Unzufriedenen wären die Folge. Gleiches gilt, wenn vom Grundsatz möglichst weniger Steuerausnahmen abgerückt wird. Die schon heute mit 29 Steuerausnahmen stark durchlöchernte Mehrwertsteuer würde weiter ausgehöhlt. Ein solches Ergebnis läge nicht im Interesse der wichtigsten Steuer des Bundes. Neue Verzerrungen und bürokratische Reibungsverluste würden der Volkswirtschaft und der Kaufkraft der privaten Haushalte weiteren Schaden zufügen.

Setzen auch Sie sich für eine einfache und faire Mehrwertsteuer ein:

http://www.economiesuisse.ch/web/de/aktuell/WebNews/Seiten/webnews_aufruf_20091023.aspx

Mehr Informationen:

frank.marty@economiesuisse.ch

WTO: Länder der G-20 beim Wort nehmen

12.11.2009 12:00

Die Welthandelsorganisation wird Anfang Dezember 2009 eine Ministerkonferenz in Genf durchführen. In Zeiten der Krise steht die Liberalisierung des Handels bei vielen Regierungen nicht hoch im Kurs. Die Schweizer Exportwirtschaft ist aber gerade deswegen auf eine funktionsfähige WTO sowie den Abschluss der Doha-Runde angewiesen.

Der Merkantilismus ist wieder im Aufwind. Dessen geistiger Urvater, Jean-Baptiste Colbert, Finanzminister unter dem französischen Sonnenkönig Louis XIV, wäre über die aktuelle wirtschaftspolitische Entwicklung erfreut gewesen: Regierungen versuchen ihre Heimmärkte abzuschotten. Pro Woche werden weltweit rund sechs neue protektionistische Massnahmen ergriffen. Diese reichen von einer Anhebung der Zölle, über neue Zertifizierungsvorschriften bis zu «buy local»-Klauseln. Allein die G-20-Staaten haben im letzten Jahr 130 diskriminierende Massnahmen ergriffen; 56 davon haben negative Auswirkungen auf die Schweizer Wirtschaft. Insgesamt drohen solche Massnahmen die Erholung der Weltwirtschaft zu verzögern.

Siebte Ministerkonferenz in Genf

Aufgrund der schleppenden Fortschritte der letzten Jahre im Rahmen der Doha-Runde wurde die WTO verschiedentlich kritisiert. Ist eine Organisation mit 153 Mitgliedstaaten überhaupt noch handlungsfähig? Wie gross ist der gesamtwirtschaftliche Nutzen der anvisierten Liberalisierungen? Dies sind auch Fragen, die vom 30. November bis 2. Dezember 2009 an der siebten ordentlichen Ministerkonferenz in Genf diskutiert werden. Inhaltlich dürften institutionelle Aspekte und Strategien für die Zukunft der Organisation stehen. Aus Sicht der Schweizer Wirtschaft ist klar:

1. Wir brauchen eine starke und funktionsfähige WTO

Der grosse Vorteil der WTO liegt darin, dass sie vorhersehbare und durchsetzbare Regeln schafft und so dem Recht des Stärkeren im globalen Handel entgegenwirkt. Davon profitieren insbesondere kleine, exportorientierte Volkswirtschaften wie die Schweiz. Das multilaterale Regelwerk bildet nicht nur die Basis für unsere Handelsbeziehungen mit Ländern, mit denen wir keine Freihandelsabkommen haben, sondern auch das Fundament für Freihandelsabkommen selbst. Die WTO sollte sich auf Handelsfragen konzentrieren und nicht mit anderen Themen wie Armutsbekämpfung oder dem Schutz von Umwelt oder Menschenrechten überfrachtet werden. Dafür existieren spezialisierte und dadurch besser geeignete internationale Gremien.

2. Die Doha-Verhandlungen sind konsequent fortzuführen und rasch abzuschliessen

Gemäss einer Studie des *Peterson Institute for International Economics* würde durch einen Abschluss der Doha-Runde weltweit jährlich ein zusätzliches Wachstum von 300 bis 700 Milliarden Dollar generiert. Die Schweizer Industrie würde pro Jahr im Handel mit den USA Zölle von rund 150 Millionen Franken und mit China von rund 120 Millionen Franken einsparen. Die Senkung der gebundenen Zölle würde zudem die Planungs- und Rechtssicherheit erhöhen. Dank effizienteren Verfahren bei Zollabwicklungen könnten massiv Kosten eingespart werden.

Mehr Informationen:

peter.flueckiger@economiesuisse.ch



Kolumne aus Brüssel: EU-Kommission – das Kandidatenkarussell dreht sich

12.11.2009 12:00

Nach dem klaren Urteil des tschechischen Verfassungsgerichts und der Unterschrift von Präsident Klaus kann der Vertrag von Lissabon nun endlich am 1. Dezember 2009 in Kraft treten. Bereits richten sich alle Augen auf die zu bestellende EU-Kommission. Kommissionspräsident Barroso will die Spitzenposten möglichst schnell besetzen. Dies betrifft insbesondere das Amt des Hohen Vertreters der EU für gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik (der nicht Aussenminister der EU heissen darf) und jenes des Ratspräsidenten. Kopenhagen liegt vor der Tür und Barroso muss mit einem neuen Team antreten, will die EU an der Konferenz irgendetwas bewegen.

Die beiden Posten sind begehrt, aber nur wenige kommen in Frage. Tony Blair als möglicher Ratspräsident ist bereits wieder weg vom Fenster, da er die Unterstützung seiner eigenen Parteikollegen im Parlament nicht hat. Ausserdem beanspruchen die Sozialdemokraten vor allem den Posten des Hohen Vertreters für sich. Dieser Posten war David Miliband auf dem Silbertablett angeboten worden. Der charismatische Aussenminister Grossbritanniens zieht es aber vor, bei einer möglichen Wahlschlappe von Labour im kommenden Frühjahr Gordon Brown als Parteipräsidenten zu beerben. Nun wird der ehemalige italienische Aussenminister Massimo D'Alema als Favorit gehandelt. Für das Amt des Ratspräsidenten gilt dagegen der belgische Ministerpräsident Herman Van Rompuy als gesetzt. Der bisherige Favorit Jan Peter Balkenende aus den Niederlanden wird nur noch als «Alternative» bezeichnet.

Mit Befriedigung nimmt economiesuisse von der Nominierung des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Oettinger als Vertreter Deutschlands in der Kommission Kenntnis. Mit ihm würde ein wirtschaftsliberaler Kenner der engen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU in der Kommission Einsitz nehmen. Noch müssen sich die Kandidaten im Laufe des Novembers den Parlament-Hearings stellen, welche einzelne Kandidaten als ungeeignet ablehnen können (ist bereits vorgekommen). Das Ziel Barrosos ist es, Anfang Dezember seine Mannschaft zusammen zu haben.

Mehr Informationen:

francois.baur@economiesuisse.ch



Wirtschaftsmission Südkorea

12.11.2009 12:00

Nach dem Besuch Japans Anfang Oktober begab sich die von Bundesrätin Doris Leuthard angeführte Wirtschaftsdelegation auch nach Südkorea. Im Zentrum der Wirtschaftsmission standen das 2006 abgeschlossene Freihandelsabkommen sowie die Unterzeichnung eines Memorandum of Understanding zwischen economiesuisse und der Korea International Trade Association.

Anlässlich ihres Besuchs in der Republik Korea traf Bundesrätin Doris Leuthard den neuen Premierminister Chung Un-Chan sowie den Handelsminister Kim Jong-Hoon. Eine hochrangige Wirtschaftsdelegation, die von economiesuisse-Präsident Gerold Bühler angeführt wurde, begleitete die Volkswirtschaftsministerin. Die Entwicklung des Freihandelsabkommens zwischen den beiden Ländern war das Hauptthema bei den Arbeitstreffen. Bei einem Treffen mit Il SaKong, Vorsitzender der grössten Wirtschaftsorganisation KITA (Korea International Trade Association), wurde zudem ein Memorandum of Understanding zwischen der KITA und economiesuisse unterzeichnet. Beide Parteien einigten sich darin auf eine Stärkung des Dialogs und der Kooperation. Im Rahmen des Besuchs fanden auch Gespräche mit in Korea ansässigen Schweizer Wirtschaftsvertretern statt, die ihre Sicht des bilateralen Handels und der Wirtschaftslage Koreas erläuterten. Abschluss des offiziellen Korea-Besuchs war schliesslich die Eröffnung des von der Schweizer Botschaft organisierten Swiss Festivals in Seoul durch Doris Leuthard.

Die Schweiz ist ein bedeutender Direktinvestor in Südkorea – 2008 beliefen sich die Schweizer Direktinvestitionsflüsse auf rund 713 Millionen Schweizer Franken. Im selben Jahr erreichten die Schweizer Exporte ein Rekordhoch: Waren im Wert von 1,98 Milliarden Schweizer Franken gingen nach Südkorea. Gleichzeitig importierte die Schweiz Waren aus Südkorea im Wert von 683 Millionen Franken. Obwohl die Wirtschaftskrise deutliche Spuren in der Handelsbilanz der beiden Länder hinterlassen hat, besteht Grund zum Optimismus, denn Südkorea ist schnell wieder aus der Rezession herausgekommen.

Mehr Informationen:

francois.baur@economiesuisse.ch



Finanzaufsicht in Europa wird weiter verstärkt

12.11.2009 12:00

Mit dem Ziel, zukünftige Krisen zu vermeiden und die Regelungen der einzelnen Mitgliedsstaaten zu vereinheitlichen, hat die EU-Kommission am 26. Oktober 2009 zusätzliche Legislativvorschläge angenommen. Sie sollen die Finanzaufsicht in Europa weiter verstärken. Diese Vorschläge ergänzen das am 23. September gebilligte Legislativpaket.

Das Legislativpaket vom 23. September 2009 sieht neben der Schaffung des Europäischen Ausschusses für Systemrisiken (ESRB) auch die Einrichtung eines Europäischen Finanzaufsichtssystems (ESFS) vor. Die neuen Vorschläge der Kommission enthalten genauere Angaben bezüglich der Zuständigkeiten der vorgesehenen Finanzaufsichtsbehörden. Sie würden – in enger Zusammenarbeit mit dem ESFS – wie folgt aufgeteilt: Erstens eine Europäische Bankaufsichtsbehörde (EBA), zweitens eine Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (EIOPA) und drittens eine Europäische Wertpapieraufsichtsbehörde (ESMA). Diese Behörden sollen die existierenden Ausschüsse ersetzen und deren Zuständigkeiten übernehmen. Hinzu kommen laut den Vorschlägen vom 26. Oktober folgende Kompetenzen: Erarbeitung technischer Standards für eine bessere Rechtsetzung; Beilegung von Meinungsverschiedenheiten zwischen nationalen Aufsichtsbehörden; Beitrag zu einer konsequenten Anwendung technischer Gemeinschaftsvorschriften; Beaufsichtigung von Ratingagenturen und Koordination im Krisenfall.

Charlie McCreevy, zuständiger EU-Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen, hat den Rat und das Parlament dringend aufgefordert, das Paket schnellstmöglich zu verabschieden. Damit können die von der Kommission vorgesehenen Änderungen vor Ende 2010 in Kraft treten. Weitere technische Änderungen, insbesondere für den Versicherungssektor, der von diesem Vorschlag nicht abgedeckt wird, will die EU-Kommission Anfang 2010 verabschieden.

Mehr Informationen:

http://ec.europa.eu/internal_market/finances/committees/index_en.htm
francois.baur@economiesuisse.ch



Schwerpunkte unserer Mitglieder: Swiss International Airports Association (SIAA)

12.11.2009 12:00

Die Luftfahrt ist ein wesentlicher Wirtschafts- und Standortfaktor der Schweiz, denn der Luftverkehr ist eine Grundvoraussetzung für Mobilität, Handel, kulturellen Austausch und letztlich Wohlstand.

Die SIAA wurde am 19. Dezember 2000 als Verein im Sinne von Artikel 60 ff. des Schweizerischen Zivilgesetzbuches in Bern gegründet. Ziel des Vereins ist es, die gemeinsamen Interessen der schweizerischen Landesflughäfen zu wahren und in die gesellschaftlichen Entscheidungsprozesse einzubringen. Die Intensivierung der Zusammenarbeit und des Informationsaustausches, die Nutzung von Synergien und die Pflege der Beziehungen mit nationalen und internationalen Luftfahrtorganisationen stehen dabei im Vordergrund.

Die Mitglieder sind die Flughäfen Basel, Bern-Belp, Genf, Lugano, St. Gallen-Altenthein und Zürich. Zusammen fertigten die SIAA-Flughäfen im Jahr 2008 ab:

- 647'019 Flugbewegungen
- 38,3 Millionen Passagiere
- 513'375 Tonnen Luftfracht und Luftpost

Spezialfinanzierung Luftverkehr

Die SIAA begrüsst die Vorlage „Spezialfinanzierung Luftverkehr“. Durch die Annahme dieser Vorlage können die von der Luftfahrt geleisteten Treibstoffsteuern zweckgerichtet in der Luftfahrt eingesetzt werden. Die Erträge sollen dazu beitragen, dass Massnahmen der technischen Sicherheit, der Schutz vor Terrorismus sowie der Lärmschutz finanziert werden können.

Mehr Informationen:

[Swiss International Airports Association \(SIAA\)](#)



Telekom-Paket: Annahme in Aussicht

12.11.2009 12:00

Nach intensiven Diskussionen zwischen dem Europäischen Rat und dem Parlament steht die Annahme des 2007 von der Kommission vorgeschlagenen «Telekom-Pakets» unmittelbar bevor. Der Zankapfel in der Diskussion ist das berühmte «Amendment 138», das vom Parlament nachdrücklich unterstützt und in jüngster Vergangenheit mehrmals abgeändert worden ist.

Das letzte noch ungelöste Problem des EU-Telekom-Pakets betrifft den Schutz der Internetnutzer im Zusammenhang mit illegalen Downloads. Es handelt sich um das berühmte «Amendment 138», das vom europäischen Parlament nachdrücklich unterstützt wurde, aber im Rat auf einstimmige Ablehnung stiess. Das Parlament lehnte die verwässerte Version des Amendments lange ab und betrieb sich dabei insbesondere auf den höchst kontroversen französischen Gesetzesentwurf «Loi Hadopi». Dieser will eine «Hohe Behörde für die Verbreitung von Werken und Urheberrechten im Internet» einführen und sieht Ordnungsstrafen für Internetnutzer vor, die beschuldigt werden, illegal Dateien herunterzuladen.

Heute ist das Parlament offensichtlich zu Verhandlungen mit dem Rat bereit. Die erste Sitzung des «Schlichtungsausschusses», der einen Kompromiss zwischen den beiden Positionen finden soll, ist für den 4. November anberaumt. Mehrere europäische Quellen gehen davon aus, dass die Treffen des Schlichtungsausschusses in sechs bis acht Wochen zur Verabschiedung des Telekom-Pakets führen werden. Anfang 2010 könnte so ein europäischer Rechtsakt in Kraft treten, der über eine intensivere europäische Zusammenarbeit die Wettbewerbsfähigkeit im Telekommunikationsbereich erhöhen wird.

Weitere Informationen:

francois.baur@economiesuisse.ch



Zweiter Schritt der Bahnreform 2 – ein halber Schritt

12.11.2009 12:00

Effizienzsteigerung und ein möglichst unbehinderter Verkehr auf den Schienen – damit wäre der Wettbewerbsfähigkeit der Eisenbahn gedient. Es ist aber zu befürchten, dass die im zweiten Schritt der Bahnreform 2 vorgeschlagenen Massnahmen zu kurz greifen.

Die Vernehmlassung zur zweiten Zusatzbotschaft zur Bahnreform 2 ist am 16. Oktober zu Ende gegangen. Diese Vorlage beinhaltet eine Reihe von Massnahmen, die für die Zukunft der Eisenbahn von eminenter Bedeutung sind.

Vollständige Trennung von Verkehr und Infrastruktur

Heute sind die Voraussetzungen für einen diskriminierungsfreien Netzzugang zum Eisenbahnnetz nicht erfüllt. Deshalb schlägt der Bundesrat vor, dass die Trassen künftig von einer unabhängigen Bundesanstalt vergeben werden. economiesuisse ist der Ansicht, dass anstelle einer zusätzlichen Bundesanstalt die Infrastruktur- und Verkehrsbereiche der existierenden Eisenbahnunternehmen vollständig getrennt werden müssen. Damit wären die Bedingungen für den diskriminierungsfreien Netzzugang ohne zusätzlichen Regulierungsaufwand erfüllt. Gleichzeitig könnten die Transparenz und die Steuerbarkeit des gesamten Eisenbahnsystems spürbar erhöht werden. Die zu gründende Infrastrukturtreiberin soll für den Bau, Betrieb und Unterhalt der gesamten normalspurigen Eisenbahninfrastruktur zuständig sein.

Mehr Wettbewerb im Regionalverkehr

Im Regionalverkehr wurde bisher vorwiegend auf Dienstleistungen von öffentlichen Unternehmen im Monopol gesetzt. Solche Marktordnungen schaffen wenig Anreize für einen effizienten Betrieb. Aus diesem Grund müssen in Zukunft die von der öffentlichen Hand abgeholzten Leistungen im Regionalverkehr systematisch ausgeschrieben werden. Die vom Bundesrat vorgeschlagene Ausschreibungspflicht im Busbereich ist aber zu restriktiv formuliert. Das würde den Wettbewerbsdruck kaum erhöhen. Weiter würde die vorgeschlagene Ausklammerung des Schienenverkehrs die gewünschten positiven Effekte stark verringern. Denn rund zwei Drittel der Bundesabteilungen für den regionalen Personenverkehr kommen dem Schienenverkehr zugute. Angesichts der guten Erfahrungen mit Ausschreibungen im öffentlichen Verkehr ist die vorgeschlagene Lösung nicht nachvollziehbar. Deshalb fordert economiesuisse, dass die Ausschreibungspflicht künftig nicht die Ausnahme, sondern die Regel ist. Bus und Bahn sollen gleichgestellt werden.

Mehr Informationen:

jan.perret-gentil@economiesuisse.ch



Öffnung des Briefmarktes – jetzt entscheiden

12.11.2009 12:00

Sachlich lässt sich das Briefmonopol der Post nicht mehr begründen. Trotzdem zögert die Politik. economiesuisse hält an der Forderung fest: Eine Totalrevision der Postgesetzgebung muss mit einer Briefmarktöffnung einhergehen.

Am Anfang schien alles bestens: Der Bundesrat wollte mit der Totalrevision der Postgesetzgebung die vollständige Briefmarktöffnung beschliessen. Diesen Entscheid begründete er mit den positiven Entwicklungen im Postmarkt infolge der schrittweisen Öffnung. In offenen Marktsegmenten hat sich die Qualität der Dienstleistungen verbessert und dies, ohne die Finanzierung der postalischen Grundversorgung zu gefährden. Die Schweizerische Post konnte gar ihren Überschuss im Universaldienstbereich stark erhöhen (Rekordergebnis im Jahr 2008 mit 857 Mio. Franken). Aufgrund dieser ausgezeichneten Entwicklungen wurde die vollständige Briefmarktöffnung in der Vernehmlassung mehrheitlich begrüsst.

Einseitige Vorlage

Trotz guter Erfahrungen mit dem Wettbewerb im Postmarkt tut sich die Politik mit der Briefmarktöffnung schwer. Die zuständige ständerätliche Kommission hat entschieden, die Aufhebung des Briefmonopols zu vertagen. Nun ist zu befürchten, dass der Briefmarkt noch mehrere Jahre nicht geöffnet wird. Die Konsequenzen sind längst bekannt: Lukrative Monopolrente, überhöhte Preise sowie zunehmende Qualitätseinbussen. Statt den Wettbewerbsdruck zu erhöhen, optimiert die Vorlage einseitig die Rahmenbedingungen für die Schweizerische Post und zementiert damit ihre marktbeherrschende Stellung. Mit der vorgeschlagenen neuen Definition der Grundversorgung wäre die schweizerische Universaldienstlast im internationalen Vergleich besonders tief. Neu würden bis zu 80 Prozent der adressierten Briefe von der Grundversorgungspflicht ausgeschlossen. Dass diese Briefe dennoch im Monopol verbleiben, ist nicht akzeptabel. Der Termin für die vollständige Briefmarktöffnung muss deshalb zwingend im neuen Postgesetz festgelegt werden, denn ohne Briefmarktöffnung macht die vorgeschlagene Totalrevision der Postgesetzgebung keinen Sinn.

Mehr Informationen:

jan.perret-gentil@economiesuisse.ch



Tauziehen um den Anschluss ans Glasfasernetz

12.11.2009 12:00

Die Teilnehmer des Glasfasertisches haben nach langen Verhandlungen bei den Comdays in Biel ihre Beschlüsse präsentiert: Trotz vieler offener Fragen scheint nun klar zu sein, dass die Schweiz ein Glasfasernetz erhalten wird. economiesuisse begrüsst die Einigung – sie ist ein grosser Schritt in die richtige Richtung. Der Entscheid entspricht zudem dem Anliegen der Wirtschaft, die zur Liberalisierung geschaffenen Behörden nach getaner Arbeit wieder abzubauen und dem Wettbewerbsrecht den Vorrang zu geben.

Anders als in den meisten europäischen Ländern wird der Netzaufbau in der Schweiz nicht staatlich subventioniert. Ein Spezialgesetz zur Regulierung scheint auch nicht notwendig zu sein. Das vorbildliche Schweizer Modell hat das Potenzial, ein grosser Wurf zu werden. Zu verdanken ist das Marc Furrer, der als Präsident der ComCom Geschichte schreiben könnte: Er wäre der erste Regulator, der sich selbst aus dem Spiel nimmt. Seine Zugriffsmöglichkeiten würden sich auf das historische Kupfernetz beschränken.

Schnelle Einigung erwünscht

Leider ist die aktuelle Entwicklung aber noch mit einigen Schönheitsfehlern behaftet, die an den Comdays in Biel thematisiert wurden. Offen ist nach wie vor die Frage, ob das neue Glasfasernetz denn auch wirklich für alle Anbieter zu den gleichen Konditionen zugänglich sein wird. Es gibt zwar mündliche Zusagen der Firmen, die das Netz bauen – schriftliche Verträge sind jedoch noch keine abgeschlossen. Nun gilt es, den Worten Taten folgen zu lassen, denn die Zeit läuft davon. In weniger als sechs Monaten wird das Bundesamt für Kommunikation einen Bericht vorlegen, in dem postuliert werden dürfte, dass Glasfasernetze reguliert werden sollten. Das BAKOM hat sich bereits in Position gebracht, um neue Regulierungen zu schaffen. Damit es nicht so weit kommt, müssen die Grossen der Branche – namentlich Swisscom, Sunrise, Cablecom, Orange und die Elektrizitätswerke – einen Weg finden, wie man künftig kooperiert. economiesuisse hofft deshalb auf eine schnelle Einigung zwischen den einzelnen Akteuren der Telekommunikationsbranche.

Weitere Informationen:

dominique.reber@economiesuisse.ch



Wirtschaft und Menschenrechte

12.11.2009 12:00

«Protect, Respect, Remedy» – unter diesen drei Stichworten stand die Multistakeholder-Konsultation zur Operationalisierung von Professor John Ruggie's «policy framework for business and human rights» am 5. und 6. Oktober 2009 im Palais de Nations in Genf.

Die erste Multistakeholder-Konsultation zur Operationalisierung von Prof. John Ruggie's «policy framework» wurde von der UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Navanethem Pillay, einberufen. Grund des Anlasses war die Verlängerung von Ruggie's Mandat im Juni 2008 um drei Jahre.

Das «protect, respect, remedy framework» basiert auf drei Säulen;

- die Pflicht der Staaten, die Menschenrechte durch geeignete Politikmassnahmen und Gerichtsurteile vor Missbräuchen von Drittparteien, inkl. Unternehmen, zu schützen;
- die gesellschaftliche Verantwortung und Sorgfaltspflicht, die Menschenrechte zu respektieren;
- besserer Zugang zu effektiven juristischen sowie nicht juristischen Mitteln für Opfer von Menschenrechtsverletzungen.

ICC hat neben staatlichen Akteuren sowie Nichtregierungsvertretern den Standpunkt zu John Ruggie's Arbeiten für die Endphase des Mandats eingebracht. Während die Nichtregierungsorganisationen die Forderung nach einem internationalen Gerichtshof für Menschenrechtsverletzungen äusserten, betonte ICC im Einklang mit BIAC (der Wirtschaftsorganisation bei der OECD) als oberste Priorität die innenpolitische Regulierung eines Staates zum Schutz der Menschenrechte.

ICC anerkennt die Problematik, dass gewisse Staaten ihre Verpflichtungen zum Schutz der Menschenrechte nicht genügend wahrnehmen. Sie unterstützt daher die freiwillige Selbstbindung der Unternehmen. Initiativen wie der UN Global Compact (seit 2000) haben signifikant zur Verbesserung der Situation beigetragen. ICC Switzerland führt den «Focal Point» des UN Global Compacts in der Schweiz.

Mehr Informationen:

thomas.pletscher@icc-switzerland.ch